

High Level Forum in Accra (Entwurf 3, 12. Juni 2008)

**NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen:
Position zur Paris Deklaration und Accra Agenda for Action**

1. Einleitung und Empfehlungen

Mit der Paris Deklaration (2005) wollen Geber- und Empfängerländer die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verbessern. Dieses Kernziel ist unbestritten. Hingegen haben sowohl der Fokus wie die Umsetzung der fünf Prinzipien der Deklaration weltweit zu Zweifeln und Kritiken geführt. In einer internationalen Debatte im Vorfeld des High Level Forum (HLF) vom 2. bis 4. September 2008 in Accra haben zivilgesellschaftliche Organisationen diese Kritiken diskutiert und systematisiert sowie Empfehlungen zuhanden des HLF erarbeitet.

Die NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen konzentriert sich im vorliegenden Positionspapier auf die Rollen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Partnerländern und setzt sie in Zusammenhang mit der Paris Deklaration. Daraus formuliert sie folgende fünf Empfehlungen für die Schweizer Positionen an den Verhandlungen über die Schlusserklärung des HLF (Accra Agenda for Action) und am HLF-Ministertreffen sowie für die weitere Umsetzung der Paris Erklärung durch die Deza und das Seco:

- 1) Anerkennung der Rollen und Eigenständigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen
- 2) Stärkung der lokalen und demokratischen Eigenverantwortung
- 3) Anerkennung zivilgesellschaftlicher Organisationen als Diskussionspartner
- 4) Vorhersehbare und unabhängige Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen
- 5) Umfassende und zugängliche Information

2. Ausgangslage

1. Entwicklung ist ein Prozess von politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Eine der wichtigsten Lehren aus der Vergangenheit der Entwicklungszusammenarbeit war, dass die Hilfe wirkungslos bleibt, wenn die Entwicklung nicht von den Betroffenen selber voran getrieben wird. Hier spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine bedeutende Rolle: Sie unterstützen und fördern eine aktive Teilnahme der benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen an Entwicklungsprozessen. Ihre Solidarität mit diesen Gruppen und ihre Verankerung an der Basis legitimieren sie dazu, vielfältige Rollen auf verschiedenen Ebenen zu übernehmen.

- Sie mobilisieren und befähigen Arme und Benachteiligte, sich für ihre Rechte und Bedürfnisse einzusetzen. Sie vertreten ihre Interessen anwaltschaftlich in der breiteren Gesellschaft im Süden und im Norden und stärken damit die Unterstützung für diese Gruppen.
- Sie tragen massgeblich dazu bei, dass die Entwicklungszusammenarbeit auf die Bedürfnisse der benachteiligten Menschen ausgerichtet wird und bei ihnen ankommt. Dazu führen sie eigene Programme und Projekte durch, intervenieren bei Partnerregierungen und Geberagenturen, leisten anwaltschaftliche Arbeit und bekämpfen die aussenpolitische und wirtschaftliche Instrumentalisierung der Hilfe.
- Sie tragen zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit bei, indem sie Erfahrungen auswerten und mit anderen Akteuren teilen, Lehren daraus ziehen und innovative Ansätze verfolgen.
- Sie tragen zur Wirksamkeitskontrolle in der Entwicklungszusammenarbeit bei, indem sie von ihren Regierungen und den Geberagenturen Rechenschaft einfordern, indem sie Bevölkerung, lokale Behörden und Parlamente dazu ermutigen, dasselbe zu tun, und indem sie auf Schwachstellen und Fehlentwicklungen hinweisen.

Um diese Rollen wahrzunehmen, brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen (1) den Freiraum, sich zu organisieren, (2) ein Recht auf Mitbestimmung und (3) die nötigen Informationen, Fähigkeiten und Mittel.

2. Staatliche und private Geberorganisationen können Entwicklungsprozesse nur begleiten, nicht ersetzen. Ihr oberstes Ziel ist es, dazu beizutragen,

- Armut und soziale Ungerechtigkeiten zu verringern
- Menschenrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern.

Diese Ziele sind nur in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erreichen. Deren Legitimierung und vielfältige Rollen machen sie zu zentralen Akteuren der Entwicklung und damit zu unerlässlichen Partnern in der Entwicklungszusammenarbeit.

3. Die Paris Deklaration ignoriert die Rollen der Zivilgesellschaft vollständig. Geberagenturen und Partnerregierungen beachten sie bei der Umsetzung der Deklaration kaum. Sie betrachten Entwicklungszusammenarbeit offenbar als Angelegenheit zwischen Regierungen:

- Die Deklaration definiert die Eigenverantwortung ("ownership") implizit als Eigenverantwortung der Regierung des Partnerlandes, nicht der ganzen Gesellschaft. Sie zielt damit an einer grundlegenden Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit, der Förderung von Demokratie und Partizipation, vorbei. Zudem werden Nachhaltigkeit, Qualität und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gefährdet, die stark von einer breiten Abstützung in der Bevölkerung abhängen. Nur in wenigen Fällen lassen Partnerregierungen die zivilgesellschaftlichen Organisationen auf "Augenhöhe" an der Erarbeitung von Strategien zur Armutsbekämpfung und zur nationalen Entwicklung teilnehmen. Eine der Folgen davon ist, dass zahlreiche Strategien die Bedürfnisse von breiten Bevölkerungsschichten, insbesondere von Frauen und Minderheiten, vernachlässigen – und damit auch die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit.
- Bei der Umsetzung der Deklaration sind zivilgesellschaftliche Organisationen bestenfalls als ausführende Organe einzelner Programmteile willkommen. Es ist unbestritten, dass sie hier wichtige Aufgaben wahrnehmen können, dank ihres Wissens und ihrer Veranke-

rung bei jenen Menschen, die von der Hilfe profitieren sollen. Aus denselben Gründen trüge aber ihre Partizipation bei Monitoring und Evaluation sowohl der nationalen Strategien wie der internationalen Hilfsprogramme viel zu einer wirksameren Entwicklung bei. Wenn ihr Mitwirken auf die Ausführung von Programmen und Projekten beschränkt wird, welche die Regierung vorgibt, kommt das einer Instrumentalisierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Umsetzung der Deklaration gleich.

- Staatliche und multinationale Geberagenturen und Partnerregierungen umgehen die zivilgesellschaftlichen Organisationen auch bei einem zweiten zentralen Prinzip der Paris Deklaration, der Rechenschaftspflicht ("accountability"). Diese wird zumeist zwischen Partnerregierungen und Geberagenturen wahrgenommen. Häufig ist der Zugang der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu den nötigen Informationen stark eingeschränkt bis inexistent; zudem fehlt es ihnen oft an Fähigkeiten und Mitteln, ihre Kontrollaufgaben wahrzunehmen. Dasselbe gilt für Monitoring und Evaluation.
- Bei der Umsetzung der Deklaration werden die zivilgesellschaftlichen Organisationen doppelt verdrängt. Einerseits werden sie als Diskussionspartner für Erarbeitung, Umsetzung, Monitoring und Evaluation der nationalen Strategien und der Geberprogramme beiseite geschoben. Dadurch geht unter anderem Wissen verloren, das für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit wertvoll ist. Andererseits werden sie als eigenständige Akteure der Entwicklungszusammenarbeit marginalisiert: Die Geberagenturen lassen immer mehr Mittel direkt den Partnerregierungen zukommen und kürzen im Gegenzug ihre Beiträge an zivilgesellschaftlichen Organisationen. Damit stärken sie die zentrale Regierungsmacht, schwächen lokale und dezentrale Akteure und verhindern ein Gleichgewicht der Kräfte.

Zusammengefasst sind in der Paris Deklaration und bei ihrer Umsetzung drei grosse Mängel in Zusammenhang mit der Zivilgesellschaft festzustellen:

- Fehlende Anerkennung
- Fehlende Partizipation
- Fehlende Transparenz

Diese Mängel betreffen zum grossen Teil auch andere zentrale Akteure der Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern, wie Parlamente, lokale Behörden oder den Privatsektor. Die vorliegende Position beschränkt sich auf zivilgesellschaftliche Organisationen. Die NGO-Plattform verweist aber darauf, dass die Empfehlungen auch für die übrigen Akteure gültig sind.

3. Verschiedene Akteure – verschiedene Rollen

Um die beschriebenen Mängel zu beheben, ist in den Partnerländern eine klare Aufgabenteilung zwischen den staatlichen und multilateralen Geberagenturen, den Partnerregierungen, den zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Geberländern und den zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Partnerländern nötig, die nachfolgend kurz umrissen wird.

a) Zivilgesellschaftliche Organisationen der Partnerländer

- Sie sorgen dafür, dass die Hilfe bei den ärmsten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen ankommt, indem sie (1) diese Gruppen dabei unterstützen, ihre Bedürfnisse zu äussern und ihre Rechte einzufordern, (2) ihre Anliegen in die breitere Gesellschaft tragen

und (3) für sie eigene Entwicklungsprojekte durchführen, auch unabhängig von nationalen Strategien.

- Sie fördern die Partizipation ihrer Basis, der gesamten Bevölkerung, der lokalen Behörden und der Parlamente bei Erarbeitung, Umsetzung, Monitoring und Evaluation der nationalen Strategien und der internationalen Programme, und unterstützen sie dabei, von ihren Regierungen und den Geberagenturen Rechenschaft einzufordern.
- Sie verfolgen die Entwicklungsaktivitäten auf allen staatlichen Ebenen (national, regional, kommunal), dokumentieren schlechte Praktiken, Korruption, Machtmissbrauch etc. und intervenieren bei den zuständigen Behörden sowie bei den Geberagenturen. Sie überprüfen den Transfer von Ressourcen von der Zentralregierung auf die lokale Ebene und unterstützen ihn mit geeigneten Projekten.

b) Zivilgesellschaftliche Organisationen der Geberländer

- Sie unterstützen die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Partnerländern bei der Erfüllung ihrer Rollen, fördern den Aufbau deren Kompetenzen und richten sich dabei nach deren Bedürfnissen aus.
- Solange keine lokalen Umsetzungskapazitäten bestehen, können sie die Koordination und Umsetzung von Entwicklungsprogrammen übernehmen.
- Sie stellen die Verbindung zwischen ihren zivilgesellschaftlichen Partnern und den Geberagenturen her. Sie wirken auf die Geberagenturen ein, damit diese die verschiedenen Akteure in Erarbeitung, Umsetzung, Monitoring und Evaluation der internationalen Programme partnerschaftlich einbeziehen und damit sie die Partnerregierungen dazu anhalten, bei den nationalen Strategien dasselbe zu tun.
- Sie vernetzen sich international, um ihre zivilgesellschaftlichen Partner wirksamer zu unterstützen.

c) Regierungen der Partnerländer

- Sie übernehmen eine demokratisch legitimierte Führungsrolle im Entwicklungsprozess, organisieren die Politikdialoge mit allen Stakeholdern und anerkennen die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihres Landes als unerlässliche und eingeständige Partner in der nationalen Entwicklung.
- Sie sichern den zivilgesellschaftlichen Organisationen den legalen Freiraum zur Erfüllung ihrer Rollen zu und stellen ihnen Plattformen für ihre Partizipation an Erarbeitung, Monitoring und Evaluation der nationalen Strategien zur Verfügung.
- Sie veröffentlichen auf aktive, transparente, verständliche und zugängliche Weise sämtliche wichtigen Informationen über Ausrichtung, Ziele und Resultate der nationalen Strategien und der internationalen Programme, über die Verhandlungen mit den Geberagenturen, über die Auszahlung, Verteilung und Verwendung der Mittel sowie über die nationalen Budgets.

d) Staatliche und multilaterale Geberagenturen

- Sie anerkennen die zivilgesellschaftlichen Organisationen im Partnerland und im eigenen Land als unerlässliche und eigenständige Akteure sowie Gesprächspartner in der Entwicklung und der Entwicklungszusammenarbeit.

- Sie vermeiden jegliche Aktionen, welche den Freiräumen, Bedürfnissen und Interessen der zivilgesellschaftlichen Organisationen zuwider laufen.
- Sie fördern die Partizipation der zivilgesellschaftlichen Organisationen an den nationalen Strategien und internationalen Programmen, indem sie von den Partnerregierungen fordern, bei den Politikdialogen den Multistakeholder-Ansatz zu verfolgen.
- Sie unterstützen die Partnerregierungen dabei, aktiv transparente und verständliche Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und informieren die Öffentlichkeit auf dieselbe Art über ihre eigenen Strategien, Programme und Hilfsflüsse.
- Sie sorgen für eine von staatlichen Kanälen des Partnerlandes unabhängige und vorhersehbare Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Partnerland. Sie bevorzugen dabei eine indirekte Finanzierung über zivilgesellschaftliche Organisationen der Geberländer, um die Eigenständigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Partnerland zu wahren. Eine direkte Finanzierung schränkt die Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen ein: Sie müssen gegenüber Gebern kritisch auftreten können, wenn diese zum Beispiel die Rechte und Interessen ihrer Basis missachten, deren Partizipation behindern, Praktiken und Missbräuche zulassen oder zivilgesellschaftliche Organisationen zu beeinflussen oder instrumentalisieren versuchen.

4. Empfehlungen

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind zentrale Akteure der Entwicklung und daher unerlässliche Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Um die erwähnten drei wichtigsten Mängel der Paris Deklaration in Zusammenhang mit der Zivilgesellschaft – Anerkennung, Partizipation und Transparenz – zu beheben, formuliert die NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen fünf Empfehlungen. Sie verweist anschliessend auf verschiedene Politiken, Strategien, Prinzipien und Leitlinien von Deza und Seco.

Empfehlung 1: Anerkennung der Rollen und Eigenständigkeit

Deza und Seco anerkennen zivilgesellschaftliche Organisationen in den Partnerländern und in der Schweiz als zentrale und eigenständige Akteure und Partner in der Entwicklung und der Entwicklungszusammenarbeit. Sie anerkennen daher auch die Eigenständigkeit dieser Organisationen in ihrer Programmgestaltung, unterlassen jegliche Einflussnahme, welche diese Eigenständigkeit untergraben könnte, und verzichten auf eine Instrumentalisierung dieser Organisationen zur Umsetzung der Paris Deklaration.

Empfehlung 2: Stärkung der lokalen und demokratischen Eigenverantwortung

Deza und Seco setzen sich in den Partnerländern für das Prinzip der lokalen und demokratischen Eigenverantwortung ein ("local and democratic ownership"). Sie fordern und fördern bei Politikdialogen den Multi-Stakeholder-Ansatz (Regierungen, Parlament, lokale Behörden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Privatsektor, etc.), um die Partizipation bei Erarbeitung, Umsetzung, Monitoring und Evaluation nationaler Strategien und internationaler Hilfsprogramme zu sichern. Sie verhindern die Ausgrenzung von legitimen Interessengruppen und unternehmen ihr Möglichstes, damit die zivilgesellschaftlichen Organisationen den Raum erhalten, den sie zur Erfüllung ihrer Rollen benötigen

Empfehlung 3: Anerkennung als Diskussionspartner

Deza und Seco anerkennen zivilgesellschaftliche Organisationen in den Partnerländern und in der Schweiz als unerlässliche Diskussionspartner in der Ausgestaltung der nationalen Strategien und der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Sie fördern die zivilgesellschaftliche Partizipation am Prozess der Reflektion zur Wirksamkeit der Hilfe.

Empfehlung 4: Vorhersehbare und unabhängige Finanzierung

Deza und Seco garantieren eine vorhersehbare und unabhängige Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Partnerländern. Um die Eigenständigkeit dieser Organisationen zu wahren, erfolgt die Finanzierung unabhängig von staatlichen Kanälen des Partnerlandes und vorzugsweise über Schweizer Hilfswerke. Wo Deza und Seco direkte Budgethilfe leisten, stellen sie einen gleich grossen Betrag der Zivilgesellschaft zur Verfügung, als Ausgleich für die Stärkung der Zentralregierung, die durch die direkte Budgethilfe entsteht.

Empfehlung 5: Umfassende und zugängliche Information

Deza und Seco veröffentlichen in den Partnerländern und in der Schweiz umfassende, transparente, verständliche und zugängliche Informationen zu den Verhandlungen über die Hilfeleistungen sowie zur Auszahlung, Verteilung und Verwendung der Mittel. Sie halten die anderen Geberagenturen sowie die Partnerregierungen dazu an, diese Informationen auf dieselbe Art in ihren Ländern ebenfalls zu veröffentlichen.

Die Deza anerkennt die Zivilgesellschaft als Partner und wichtigen Akteur sowohl in ihrer Strategie 2010¹ als auch in ihrer NGO-Politik.² Sie definiert die Partizipation der Zivilgesellschaft (und der Privatwirtschaft) als einen Grundsatz der Gouvernanz³ und als Grundlage für den Erfolg der Entwicklung.⁴ Darüber hinaus bezeichnet sie den Zugang zu Informationen als Grundlage jeglicher Demokratie.⁵

In ihrem gemeinsamen Stocktaking Paper zur Paris Deklaration halten Deza und Seco fest, dass Eigenverantwortung der Gesellschaft ("country ownership") – nicht Eigenverantwortung der Regierung ("government ownership") – die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklung ist, weshalb ein Multi-Stakeholder-Ansatz wichtig ist. Das Parlament, die Privatwirtschaft und insbesondere die Zivilgesellschaft seien mit ihrem spezifischen Wissen entscheidend für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Harmonisierung und Partnerausrichtung seien am wirksamsten, wenn sie durch die Regierung im Dialog mit verschiedenen nationalen Akteuren geleistet werden.⁶

Informationen über Hilfsflüsse im Budget erhöhen laut Deza und Seco die Rechenschaft der Regierung gegenüber dem Parlament und der Zivilgesellschaft. Grössere Transparenz und

¹ DEZA (2000). Strategie der DEZA 2010. S. 12 und 17.

² DEZA (2007). NGO-Politik.

³ DEZA (2004). Information und Gouvernanz. S. 4f.

⁴ DEZA (1999). SDC Guiding Principles. S. 11.

⁵ DEZA (2004). Information und Gouvernanz. S. 8.

⁶ DEZA-Seco (2007). Stocktaking Paper. Two years after the Paris Declaration: Where does Switzerland stand? S. 2 und 4.

Rechenschaftspflicht sehen sie als essentiell sowohl für die Führungsrolle der Partnerländer als auch für die Wirksamkeit der Hilfe.⁷

Auch laut der Strategie 2006 des Seco tragen partizipative Ansätze zu einer höheren Qualität und Wirksamkeit der Hilfe bei. Wesentlich sei eine breite Abstützung der Armutsbekämpfungsstrategien in der Bevölkerung.⁸ Das Seco bezeichnet die breite demokratische Abstützung in der Bevölkerung und eine Verbesserung politischer Partizipation als Bedingung für Budgethilfe⁹.

In ihrer Menschenrechtspolitik fordert die Deza explizit den Zugang von armen und marginalisierten Gruppen zu politische Entscheidungsprozessen. Um Individuen und Gruppen bei der Realisierung ihrer Rechte zu helfen, will sie zivilgesellschaftliche Organisationen in der Schweiz und in den Partnerländern stärken¹⁰. In ihrer Strategie zur Korruptionsbekämpfung plädiert sie unter anderem für partizipative Budgetverfahren, Leistungsmonitoring und dezentralisiertes Vorgehen, und weist der Zivilgesellschaft die Rolle des "whistle-blowers" zu¹¹. Und in ihren Regionalpolitiken unterstreicht sie die Bedeutung der Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, um eine bessere Hebelwirkung und so eine höhere Wirksamkeit zu erreichen¹².

Gemeinsam setzen sich Deza und Seco bei der Weltbank für ein grösseres Engagement bei der nachhaltigen Stärkung lokaler Institutionen und für die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein¹³. Die Afrikanische Entwicklungsbank soll vermehrt die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft eng einbeziehen¹⁴.

Nicht zuletzt erachten Deza und Seco in ihrer gemeinsamen Strategie für die Osthilfe den Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse als besonders wichtig. Sie betonen, dass Entwicklungsprojekte nur dann einen dauerhaften Erfolg haben, wenn sie von lokalen Kräften getragen werden und lokalen Bedürfnissen entsprechen.¹⁵

5. Schlussbemerkungen

Die erwähnten Passagen zeigen, dass die Empfehlungen den Grundsätzen von Deza und Seco entsprechen. Dass die NGO-Plattform sie trotzdem formuliert, hat zwei Gründe:

1. Dank ihren Grundsätze können Deza und Seco diese Empfehlungen am HLF in Accra glaubwürdig vertreten. Sie haben diese Grundsätze zum Teil bereits in der Konsultation zum ersten Entwurf der Accra Agenda for Action eingebracht. Die NGO-Plattform möchte sie ermutigen, in weiteren Verhandlungen über die Accra Agenda for Action nicht hinter ihre ersten Änderungsvorschläge zurück zu gehen und die Empfehlungen sowohl in diesen Verhandlungen wie auch am HLF-Ministertreffen zu vertreten.

⁷ DEZA-Seco (2007). Stocktaking Paper. Two years after the Paris Declaration: Where does Switzerland stand? S. 3.

⁸ Seco (2002). Leistungsbereich Entwicklung und Transition. Strategie 2006. S. 6f.

⁹ Seco (2005). Seco-Strategie für generelle Budgethilfe. S. 8

¹⁰ DEZA (2005). DEZA-Menschenrechtspolitik: Für ein Leben in Würde. S.13 und 15.

¹¹ Korruption bekämpfen. Deza-Strategie 2006. S.12

¹² Vgl. z.B. DEZA (2006). SDC's Medium Term Strategy 2006-2010 for Development Cooperation in South Asia (MTSSA). S. 16.

¹³ DEZA-Seco (2004). Die Schweiz und die Weltbank – Leitlinie. S. 15.

¹⁴ DEZA-Seco (2005). Die Schweiz und die Afrikanische Entwicklungsbank – Leitlinie. S. 5.

¹⁵ DEZA-Seco (2004). Der Schweizer Beitrag zur osteuropäischen Transition. Die technische und finanzielle Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS. S. 12.

2. Die Praxis von Deza und Seco deckt sich nicht immer mit ihren Prinzipien. In verschiedenen Schwerpunktländern beider Agenturen beklagt sich die Zivilgesellschaft (neben anderen Akteuren im Land) über die mangelnde Partizipation auf allen Ebenen und während aller Etappen der nationalen Strategien (Erarbeitung, Durchführung, Monitoring, Evaluation). Diese Feststellung wird von Mitgliedern der NGO-Plattform bestätigt. Die Gründe dafür liegen zum Teil darin, dass die beiden Agenturen ihre Grundsätzen im Verbund der anderen Geberagenturen nicht immer durchsetzen können. Sie liegen aber auch darin, dass die beiden Agenturen es mit ihren Prinzipien nicht immer so genau nehmen, gerade in Bezug auf die Partizipation der Zivilgesellschaft. So antworten ihre Vertreter auf die Frage, welche Rolle die Zivilgesellschaft bei der direkten Budgethilfe spiele, die Schweiz arbeite bei der Budgethilfe nur mit demokratisch gewählten Regierungen zusammen¹⁶. Doch demokratisch gewählte Regierungen allein sichern noch keine Partizipation. Die NGO-Plattform will mit ihren Empfehlungen Deza und Seco darin bestärken, ihre Prinzipien bei der weiteren Umsetzung der Paris Deklaration stärker zu beachten und den gemeinsamen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisation in der Schweiz und den Partnerländern über diese Umsetzung auch über Accra hinaus zu führen.

Bern, 24. Juni 2008

¹⁶ Jüngstes Beispiel war Seco-Direktor Jean-Daniel Gerber an der Tagung "Der Streit um die Entwicklungshilfe" am 16. Mai 2008 in Bern